

Kantone brauchen 200 neue Haftplätze für Asylbewerber

Das Flughafengefängnis Zürich soll in Zukunft nur noch für die Ausschaffungshaft genutzt werden

Zürich Im laufenden Jahr gab es bis Ende November nicht einmal 17000 Asylgesuche. Die Zahl ist so tief wie seit Jahren nicht mehr. Dennoch wollen die Kantone jetzt die Administrativhaft stark ausbauen: von rund 400 auf 600 Plätze. Das zeigt eine Erhebung der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD), die diese Woche abgeschlossen wurde.

Die Administrativhaft betrifft meist Asylbewerber, die sich der Ausschaffung widersetzen oder vor einer Wegweisung untertauchen könnten. Seltener wird die Haft auch für kriminelle Ausländer genutzt, die aus der Schweiz ausgeschafft werden sollen.

Der Grund für die Aufstockung liegt denn auch im Asylwesen selber begründet: Die Kantone bräuchten mehr Haftplätze, um die «Schwankungstauglichkeit des Systems» zu verbessern, sagt KKJPD-Generalsekretär Roger Schneeberger. Auch wenn es 2017 wenig Asylgesuche gab, sagt er: «Das System muss für rund 30 000 Gesuche ausgelegt sein.»

Ein Faktor ist laut Schneeberger aber auch die Asylreform, die ab 2019 gilt. Ein wichtiger Pfeiler der Reform ist die Beschleunigung der Asylverfahren. «Wir wollen

vermeiden, dass die Entscheide für eine Wegweisung wegen fehlender Haftplätze nicht vollzogen werden können», sagt er.

Zürich will Häftlinge neu in Graubünden unterbringen

In manchen Kantonen gibt es konkrete Projekte zum Bau von Anstalten, um die Zahl der Haftplätze zu erhöhen, zum Beispiel in Genf und Basel-Stadt.

Doch viele Kantone warten noch zu - aus gutem Grund, wie sich jetzt zeigt. Der Kanton Zürich plant nämlich, das Flughafengefängnis künftig ausschliesslich für die Administrativhaft zu nutzen.

So würden auf einen Schlag fast 100 neue Plätze frei - die Hälfte des schweizweiten Zusatzbedarfs. Im Flughafengefängnis sind derzeit 94 von 200 Plätzen mit Personen aus dem regulären Strafvollzug belegt. Diese Häftlinge sollen künftig in die neue Justizvollzugsanstalt Cazis Tigne in Graubünden ausgelagert werden.

Die Zürcher Justizdirektorin Jacqueline Fehr (SP) bestätigt die Pläne. «Wir haben mit mehreren Kantonen Gespräche geführt über die Nutzung von Administrativhaftplätzen im Flughafengefängnis. Das Interesse ist auf beiden Seiten vorhanden.» Zürich will das Konzept ändern, weil das Flughafengefängnis schlecht geeignet ist für die reguläre Haft, unter anderem, weil die Zellen relativ klein sind. Im Gegenzug würden die beteiligten Kantone für ihre Administrativhaft mit dem Flughafengefängnis einen «idealen Standort» gewinnen, wie Fehr sagt. Die Regierungsrätin spricht von einer «Win-win-Situation», wenn das Flughafengefängnis nur noch für die Administrativhaft genutzt werden könnte. Dazu seien aber noch «bauliche und organisatorische Anpassungen» notwendig. Naheliegender ist, dass sich jene Kantone für das Angebot aus Zürich interessieren, die mit ihrer Planung noch nicht weit fortgeschritten sind. Dazu gehören Kantone aus der neuen Asylregion Ostschweiz sowie Zentralschweiz - aber auch Bern prüft offenbar die Option Flughafengefängnis. Für Benjamin F. Brägger, Sekretär des Strafvollzugs konkordats der Nordwest- und Innerschweiz, kommt das Angebot aus Zürich «zu einem guten Zeitpunkt», weil viele Kantone mitten in der Planung für Administrativhaftplätze steckten. Zudem sei es sinnvoll, den Strafvollzug «schweizweit zu regeln - denn das Geschäft ist sehr volatil».

Dominik Balmer